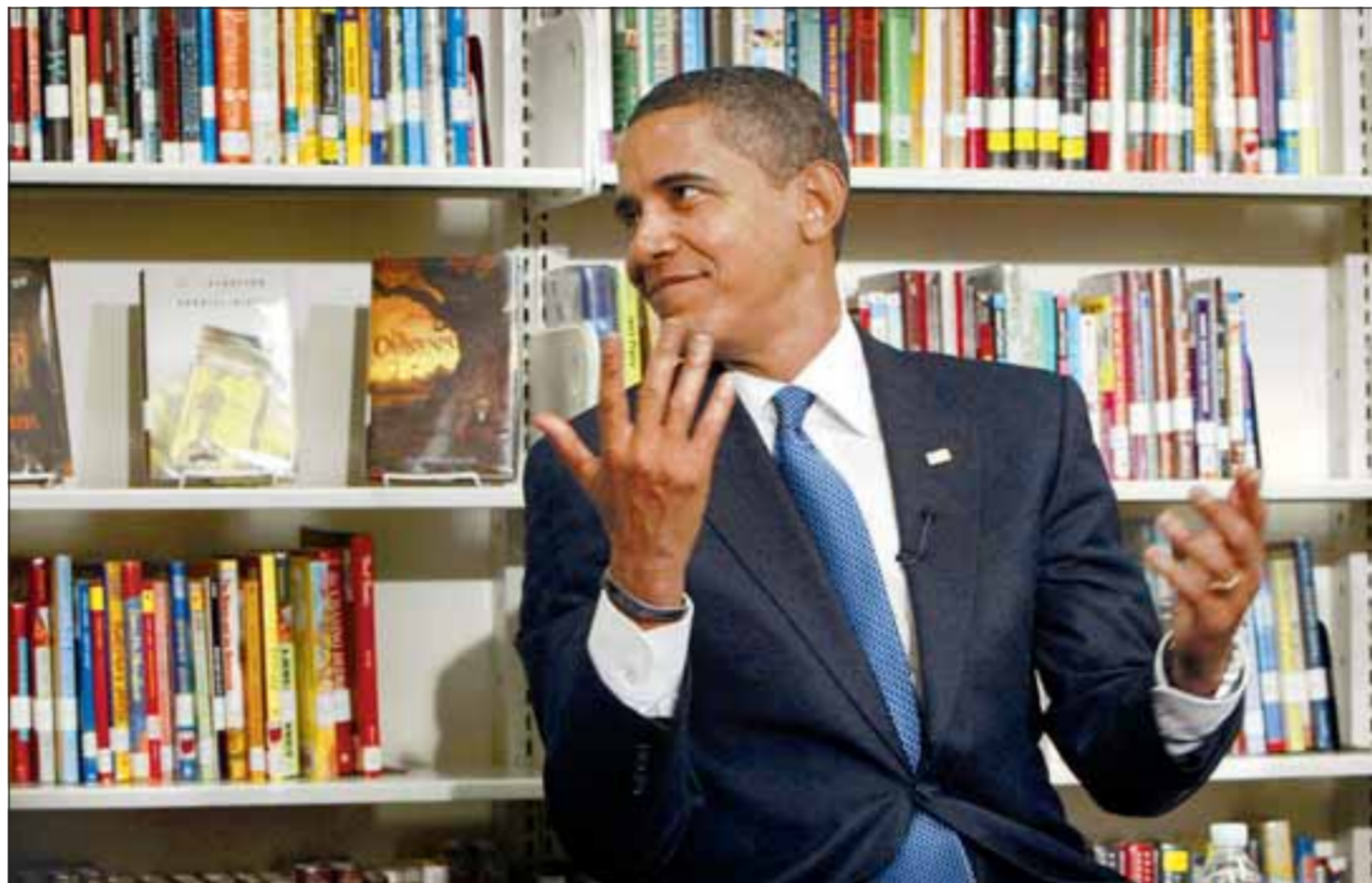


Telekom legt Datenbericht vor

Bonn. (AP) Nach den zahlreichen Datenklau- und Spitzelskandalen bei der Deutschen Telekom will das Unternehmen mit verschärften Kontrollen das Vertrauen seiner Kunden zurückgewinnen. Wie aus dem gestern veröffentlichten Datenschutzbericht des Konzerns hervorgeht, sind die Speicherfunktionen an Computern eingeschränkt worden, um Datenmitnahme zu unterbinden. Zudem schlugen die Systeme bei Massendatenabfragen schneller Alarm und der Zugriff auf Datenbanken würde besser dokumentiert.

Eingesetzt wurde demnach auch ein unabhängiger Datenschutzbeirat mit externen Experten. Dieses Gremium tagt regelmäßig und soll den Vorstand beraten. Eine weitere Maßnahme, um Datenklau in Zukunft zu verhindern, sei der schnellere Ablauf von Benutzerkennungen und die Ausweitung der Nutzung fester IP-Adressen. Mitarbeiter und Vertriebspartner könnten so nur von bestimmten Rechnern aus auf die Systeme zugreifen.

Angesichts der Datenvorfälle ist die Zahl der beim Konzernschutz eingegangenen Kundenanfragen und -beschwerden stark gestiegen: Von rund 600 im Jahr 2007 auf rund 1400.



Alle Hände voll zu tun: Trotz seines immensen Arbeitspensums nimmt sich US-Präsident Barack Obama viel Zeit für den Kontakt mit der amerikanischen Öffentlichkeit, wie hier bei einem Besuch in einer Grundschule in Washington D.C. Foto: AP

Barack Obama hat keine Zeit verloren

Der US-Präsident kann nach 100 Tagen im Amt auf eine umfangreiche Agenda zurückblicken – Kampf gegen Rezession im Mittelpunkt

Von Christian Altmeier

Heidelberg. „Heute feiern wir, morgen fängt die Arbeit an“, verkündete Barack Obama noch in der Nacht seiner Amtseinführung. Das ist heute genau 100 Tage her. Und der neue Präsident hat in der Tat keine Zeit verloren. Mit einer Vielzahl von Initiativen setzte er von Anfang an das zentrale Versprechen seines Wahlkampfes um: Wandel. Dementsprechend selbstbewusst fällt die Bilanz der Regierung ihrer ersten 100 Tage im Amt aus. Seit Franklin D. Roosevelt habe es keinen Präsidenten mehr mit solcher Schaffenskraft gegeben: „Noch nie hat einer so viel in so kurzer Zeit angepackt wie Obama“, betonen Präsidentenberater. Auch die US-Bürger zeigen sich zufrieden. Umfragen zufolge sind rund 70 Prozent von ihnen mit der Arbeit Obamas nach der imaginären „Probezeit“ einverstanden.

Auf der umfassenden Agenda Obamas aus den ersten 100 Amtstagen finden

sich dabei Maßnahmen aus so gut wie allen Politikbereichen. Dazu gehören etwa die angeordnete Schließung des „Terroristenlagers“ Guantánamo, das Folter-Verbot bei Verhören, die Freigabe der Stammzellforschung, die Unterzeichnung des Gesetzes gegen Lohndiskriminierungen von Frauen, teilweiser Abbau der US-Sanktionen gegen Kuba, und auch staatliche Krankenversicherung für vier Millionen nichtversicherter Kinder.

Das „Herzstück“ von Obamas Politik der ersten 100 Tage aber ist sicherlich der Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die neue Regierung hat das mit 782 Milliarden Dollar umfangreichste Konjunkturpaket der amerikanischen Geschichte auf den Weg gebracht. Sie will zudem die Finanzmärkte an die Leine legen und die Autoindustrie retten. Mit diesen Maßnahmen tarifierte Obama das Verhältnis des Staates zu Wirtschaft und Gesellschaft neu aus. „Er könnte eine neue staatsinterventionistische Tradi-

tion in den USA begründen“, glaubt der Heidelberger Amerikaexperte Detlef Junker (siehe Interview). Obama weiß, dass der Erfolg seiner Amtszeit vor allem von der Wirtschaftspolitik abhängt. Wenn er die Dinge in drei Jahren nicht zum Besseren gewendet habe, werde seine Präsidentschaft wohl ein einmaliges Erlebnis bleiben, sagte er einmal. „Ich könnte daran gemessen werden.“

Auch in der Außenpolitik leitete der neue Präsident einen tiefgreifenden Wandel ein. Dabei half ihm, dass er nach acht Jahren Bush-Regierung international mit einem großen Vertrauensvorschuss starten konnte. Er polierte auf zahlreichen Auslandsbesuchen das Ansehen der USA wieder auf und reichte Gegnern des Landes, etwa im Iran oder in Lateinamerika, die Hand. Zugleich leitete er einen Truppenabzug aus dem Irak ein und schickte dafür 21 000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan. Ob die internationale Charme-Offensive tatsächlich Wirkung

zeigt, ist bislang allerdings noch offen. Die ersten Reaktionen aus dem Iran, Nordkorea oder Kuba zumindest waren noch nicht besonders ermutigend.

Zweifel an den Macher-Qualitäten des unerfahrenen Ex-Senators aus Chicago aber sind geschwunden. Trotz des immensen Arbeitspensums wirkt Obama nach außen niemals angestrengt. „Das Treffen von Entscheidungen ist eigentlich ziemlich natürlich“, findet er. Zum neuen Stil im Weißen Haus gehört auch, dass er seine wöchentliche Radioansprache bei YouTube einstellt, seinen BlackBerry weiter nutzt und als erster amtierender Präsident in der NBC-Talkshow „Tonight“ zu Gast war. Zudem macht Obama auch als Familienvater und „oberstes Herrchen“ der Nation Schlagzeilen, seit der portugiesische Wasserhund „Bo“ mit ins Weiße Haus eingezogen ist. Und nicht zuletzt hat er seine Frau Michelle – die von überragenden 84 Prozent der Amerikaner gemocht wird.

„Das US-Ansehen steigt wieder“

Detlef Junker zu 100 Tage Obama

Heidelberg. (cal) Detlef Junker (Foto: zg) ist Gründungsdirektor des Heidelberg Center for American Studies (HCA).

> Herr Professor Junker, hat Barack Obama die Erwartungen, die Sie an ihn hatten, nach 100 Tagen im Amt erfüllt?

Ja, sofern man dies nach einer so kurzen Zeitspanne sagen kann. Die Aussagekraft der ersten 100 Tage ist aber begrenzt. Das Ritual, nach dieser Zeit eine erste Bilanz der Amtszeit zu ziehen, hat sich erst unter Franklin D. Roosevelt 1933 eingebürgert, der selbst versprochen hatte, in 100 Tagen eine Wende einzuleiten. Obama hingegen hat immer gesagt, er wolle nicht nach 100, sondern nach 1000 Tagen im Amt bewertet werden, weil die amerikanische Regierung wie ein Tanker sei, dessen Kurs nur sehr behutsam geändert werden könne.

> Obama galt im Wahlkampf als „schwarzer Kennedy“. Sind die Ähnlichkeiten immer noch so groß?

Obamas charismatische Ausstrahlung bleibt mit derjenigen von Kennedy vergleichbar. Von der Art der Herausforderung würde ich ihn eher mit Roosevelt vergleichen, der mit den Folgen der größten Weltwirtschaftskrise seit Beginn der industriellen Revolution konfrontiert war. Kennedy hingegen hat seine Präsidentschaft mit einer Reihe von selbstverursachten Katastrophen begonnen, wie der gescheiterten Invasion in der Schweinebucht auf Kuba. Obama brauchte für Katastrophen nicht erst zu sorgen, er hat sie wie Roosevelt bereits vorgefunden.

> Was halten Sie bisher für die wichtigste Maßnahme der Regierung Obama?

Ein ganz entscheidender Schritt ist sicherlich die grundsätzliche Wende in der Innenpolitik. Die Regierung Obama ist in der Frage, was Regierung und Staat zu leisten haben, europäischer geworden. Damit kehrt Obama die Feststellung von Ronald Reagan um, dass die Regierung nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist. Die Hoffnung der Mehrheit der Amerikaner richtet sich inzwischen auf eine stärkere Rolle des Staates als Regulator, Umverteiler und Garant von sozialer Sicherheit. Der alte amerikanische Traum von einer möglichst schlanken Regierung ist vorerst ausgeträumt.



> An welchen Maßnahmen Obamas zeigt sich das besonders?

In erster Linie zeigt sich das in dem größten Konjunkturprogramm der amerikanischen Geschichte in Höhe von 782 Milliarden Dollar, das der Kongress gerade verabschiedet hat. Noch umfangreicher ist der Bürgerschaftsplan der Regierung für die Finanzwelt, der Ausfälle in Höhe von 2,5 Billionen Dollar absichern soll.

> Wie bewerten Sie die außenpolitischen Änderungen?

Auch hier gibt es einen dramatischen Bruch mit der Regierung Bush. Obama hat den Versuch seines Vorgängers, eine amerikanische Weltvorherrschaft im Alleingang aufzubauen und abzusichern, beendet. Stattdessen ist er stärker bereit, die Multipolarität der Welt anzuerkennen. Der strategische Sinn dieser Politik ist es, den Gegnern der USA das Feindbild zu nehmen und dem Antiamerikanismus den Boden zu entziehen. Die Begeisterung für Obama in Europa und anderen Teilen der Welt zeigt, dass Obama dabei ist, eine der größten Hypothesen der Regierung Bush abzubauen, nämlich den fast freien Fall des Ansehens der USA.

NACHRICHTEN

Pakistaniere ergreifen die Flucht

Das pakistanische Militär hat seine Offensive gegen die Taliban ausgeweitet. Am Dienstag flog sie auch im Bezirk Buner Luftangriffe auf Rebellenstellungen. Berichte über Tote oder Verletzte gab es nicht. Laut Behördenangaben sind in den letzten Tagen allein im Bezirk Lower Dir 30 000 Menschen vor den Kämpfen geflohen. Das Welternährungsprogramm rechnet mit 600 000 Hilfsbedürftigen.

Seit 90 Jahren in der SPD

Die Bremerin Marie Rost (95) ist laut Angaben der SPD das dienstälteste Parteimitglied. Franz Müntefering ehrte sie am Dienstag mit der Willy-



Brandt-Medaille. Rost entstammt einer alten sozialdemokratischen Familie und trat 1919 in die Kinderorganisation „Rote Falken“ ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute sie in Bremen eine SPD-Frauengruppe mit auf. F.: dpa

Klage gegen Studiengebühren

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhandelt heute erstmals über Studiengebühren. Geklagt hat der ASTA der Uni Paderborn, der jedoch in den zwei Vorinstanzen unterlegen ist. Ein Urteil wird womöglich noch am Mittwoch erwartet.

Moskau plant Raketentests

Russland hat mindestens fünf Tests mit einer neuen Interkontinentalrakete angekündigt. Vize-Verteidigungsminister Popowkin erklärte, die Rakete „Bulawa“ müsse eingehend getestet werden. Die Rakete hat eine Reichweite von rund 10 000 Kilometern und trägt bis zu sechs Atomsprengköpfe.

Berlin rechnet mit einer Randalnacht

Nach einer Serie von Bränden wappnet sich die Polizei für den 1. Mai – Linke und rechte Proteste

Von Dieter W. Rockenmaier

Berlin. Mit der relativen Ruhe an der Kravallfront zum 1. Mai der vergangenen Jahre in Berlin ist es offenbar vorbei. Die gewalttätige linke Szene der Hauptstadt rüstet – angestachelt von der Wirtschafts- und Finanzkrise – zur Randalnacht, und entsprechend rüsten Sicherheitskräfte und Justiz auf. Schon seit Wochen hält eine Serie von angezündeten Autos, Anschlägen auf luxuriöse Wohnprojekte und Attacken auf Polizeireviere an. „Die Gewaltbereitschaft ist deutlich höher als in den letzten Jahren“, verlautet im Berliner LKA. Die Polizei wird dabei von den Autonomen ausdrücklich ins Visier genommen. „Wir wollen die Bullen aus unserem Kiez vertreiben, jeden Tag und vor allem am 1. Mai“, heißt es in Aufrufen.

In diesem Jahr sind in Berlin bereits 48 parkende Nobelkarossen und Firmenwagen angezündet worden. Weitere 68

Autos wurden dabei beschädigt oder zerstört – so viel wie im ganzen Vorjahr. Die Polizei konnte bisher keinen einzigen Brandstifter fassen. Sie tauchen nachts in kleinen, dunkel gekleideten und straff organisierten Gruppen auf, werfen einen Brandsatz unters Auto und verschwinden schnell in der Dunkelheit. Mit einer ähnlichen Strategie verfahren die Gewalttäter bei luxuriösen Wohnbauprojekten vor allem in Berlin Mitte oder bei Firmensitzen wie der Berliner SAP-Filiale.

Obwohl vor zwei Wochen eine Belohnung von 10 000 Euro ausgesetzt wurde, haben die Sicherheitskräfte noch keine einzige brauchbare Spur. „Heute muss auch dem Letzten klar sein, dass es sich bei den Tätern um rücksichtslose Kriminelle handelt, die das Leben unschuldiger Menschen gefährden“, sagt Polizeipräsident Dieter Glietsch. Nur glücklichen Umständen sei es zu verdanken, dass es bisher keine Verletzten gab.

Eberhard Schönberg, Chef der Berliner Polizeigewerkschaft, betont die auffällige Geschlossenheit in der linken Szene. Noch vor wenigen Jahren hatten sich am 1. Mai Teilnehmer rivalisierender Gruppen auf den Demos geprügelt.

Das linke „Mayday“-Bündnis will mit erwarteten 7000 Teilnehmern unter den Linden und auf der Friedrichstraße demonstrieren. Wegen der Enge der Friedrichstraße hat die Polizei die Route verboten. Die Veranstalter wollen jedoch „dort protestieren, wo die Verantwortlichen sitzen“ – die Deutsche Bank etwa. Angesichts der angespannten Sicherheitslage hat die Berliner Polizei 1700 Beamte aus anderen Bundesländern angefordert.

Auch Neonazis planen zum 1. Mai zahlreiche Aufmärsche, unter anderem in Berlin-Köpenick. Eine zentrale Kundgebung in Hannover wurde gestern gerichtlich untersagt. In Ulm und Neu-Ulm wurden Verbote wieder aufgehoben.

Mit Liegestühlen gegen Piraten

Passagiere der „Melody“ wehrten sich und zweifeln am Kapitän

Johannesburg. (dpa) Passagiere des Kreuzfahrtschiffs „MS Melody“ haben die privaten Sicherheitsleute an Bord offenbar tatkräftig bei der Abwehr einer Piratenattacke unterstützt. Die südafrikanische Zeitung *The Citizen* berichtet, Urlauber hätten Liegestühle auf die enternenden Seeräuber geworfen, ehe Besatzung und Sicherheitsleute mit Wasserwerfern und Pistolen anrückten. Der Nachrichtenchef des *Citizen* hatte sich vor der Attacke an Bord des Schiffes befunden.

Die spanische Marine griff am Dienstag neun mutmaßliche Piraten in der Nähe der Fahrtroute der „Melody“ auf. Sie wurden auf den Seychellen inhaftiert. In der somalischen Region Puntland meldete eine Bürgerwehr, sie habe zwölf Täter und drei Boote festgesetzt.

Laut einem Bericht des *Spiegel* soll der Kapitän der „Melody“ zum Zeit-



Die MS Melody fährt inzwischen mit Geleitschutz der spanischen Marine. Foto: dpa

punkt der Attacke in einem Bordcafé und erklärte Passagieren, man befinde sich weit abseits der Piratengewässer. Fahrgäste würfen ihm nun vor, sich in Heldenpose darzustellen. Die Aussage, Passagiere seien während des Schusswechsels nie in Gefahr gewesen, sei nicht zu halten.

Vor allem Frauen arbeiten in Teilzeit

Wiesbaden. (AP) Teilzeitarbeit bleibt in Deutschland weitgehend Frauensache: 87 Prozent der Beschäftigten mit maximal 20 Stunden in der Woche waren im Jahr 2008 Frauen. Der Anteil der Männer steigt nur langsam, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag zum Tag der Arbeit am 1. Mai mitteilte. Grund sind für mehr als die Hälfte der Betroffenen familiäre oder persönliche Verpflichtungen.

Allerdings ist der Anteil derjenigen, die mangels einer Vollzeitstelle einen Teilzeitjob angenommen haben, in zehn Jahren von 13 auf 23 Prozent deutlich gewachsen. In Ostdeutschland sind es sogar 65 Prozent, im Westen nur 17 Prozent.

Insgesamt arbeiteten im vergangenen Jahr 4,9 Millionen Frauen und Männer maximal 20 Stunden pro Woche, das sind 16 Prozent aller abhängig Beschäftigten. 1998 waren es noch 3,5 Millionen.

Adem Yilmaz gibt den Andreas Baader

Düsseldorf. (AP) Einer der vier mutmaßlichen Sauerland-Terroristen ist am Dienstag wegen wiederholter Zwischenrufe vom Prozess vor dem Oberlandesgericht ausgeschlossen worden. Der 30-jährige Adem Yilmaz forderte laut: „Ich möchte zurück in meine Zelle.“ Als der Vorsitzende Richter Ottmar Breidling mit Abschluss drohte, erwiderte er: „Tun Sie's doch.“ Der Ausschuss galt zunächst für einen Prozesstag, zudem erhielt Yilmaz eine weitere Woche Ordnungshaft.

Verteidiger Axel Nagler stellte erneut die Verwertbarkeit zahlreicher Beweise infrage. Er erklärte, US-Geheimdienste hätten Telefonate und E-Mails rechtswidrig überwacht. Daher dürften auch die Ergebnisse der auf diesen Kenntnissen basierenden Überwachungen deutscher Ermittler nicht verwertet werden. Das Gericht lehnte den Antrag ab.